

5127/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Volker Kier, Helmut Peter und PartnerInnen
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Ergebnisse der "Lehrlingsoffensive"

Zentrales Ergebnis der sogenannten Lehrlingsoffensive, der Sicherung von Ausbildungsplätzen für arbeitsuchende Jugendliche, war der Beschluß des Jugendausbildungs - Sicherungsgesetzes im Juni 1998. Darin wurden sozialpartnerschaftlich besetzte Landesprojektgruppen eingerichtet, deren gesetzlicher Auftrag es war, rechtzeitig Anzahl, Ort und Inhalte der Ausbildungsmöglichkeiten für arbeitslose Lehrlinge festzulegen. Dabei handelt es sich überwiegend um Lehrgänge oder Lehrlingsstiftungen, also um vorübergehende Einrichtungen, in denen Lehrstellensuchende "zwischengeparkt" werden sollen. An diesen mit 1,8 Mrd. Schilling aus Bundesmitteln finanzierten Ausbildungsplätzen - auch "Hauptschulexternistenjahr" genannt - muß laut §§ 3 und 4 Abs. 1 Jugendausbildungs - Sicherungsgesetz. Mitte November 1998 der Betrieb aufgenommen werden.

Der Öffentlichkeit ist zur Gänze unbekannt, in welchem Stadium sich dieses Projekt befindet. Dieser Umstand ist insbesondere für die betroffenen Lehrstellensuchenden absolut unzumutbar: Immerhin sollen diese in zehn Tagen zu Ausbildungszwecken "antreten", unter Umständen ohne zu wissen, wie, wann und wo. Da im Falle fehlender Entscheidungen durch die neun Landesprojektgruppen ein dringender Handlungsbedarf seitens der zuständigen BundesministerInnen für Arbeit, Gesundheit und Soziales, für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten sowie für wirtschaftliche Angelegenheiten gegeben ist, stellen die gefertigten Abgeordneten nachstehende

Anfrage

1. Wann haben sich die neun Landesprojektgruppen konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen?
2. Wie lauten die Namen (samt Herkunftsbezeichnung) der Mitglieder der einzelnen Landesprojektgruppen, einschließlich der allenfalls zusätzlich aufgenommenen VertreterInnen weiterer Institutionen?
3. Wie ist der Aufteilungsschlüssel der gemäß § 6 Jugendausbildungs - Sicherungsgesetz vorgesehenen Bundesmittel an die einzelnen Landesprojektgruppen?
4. Welche Ausbildungsmaßnahmen, mit jeweils wieviel vorgesehenen Ausbildungsplätzen, in Lehrgängen und Lehrlingsstiftungen oder anderen, besonderen Einrichtungen wurden von den neun Landesprojektgruppen jeweils beschlossen?

5. In welchen öffentlichen Gebäuden oder Betrieben finden diese Ausbildungsmaßnahmen jeweils statt? Für die Benutzung welcher Gebäude müssen Mieten, Betriebskosten oder sonstige Aufwandsersätze entrichtet werden?
6. Wer sind die jeweiligen Träger der einzelnen Ausbildungsmaßnahmen, die aus den genannten Bundes - (respektive zusätzlichen Landes -) mitteln gefördert werden?
7. In wie vielen und welchen Fällen wurde seitens der Landesprojektgruppen die jeweilige Landesorganisation des AMS mit der Abwicklung der Fördervereinbarung zwischen Bund und Trägern beauftragt?
8. In welcher Weise und mit welchen konkreten Maßnahmen haben die Landesprojektgruppen ihre gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe, bei der Planung auch die besondere Situation der weiblichen Lehrstellensuchenden zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 7 JA - SG), erfüllt?
9. Wann sind die Entscheidungen der Landesprojektgruppen über Mittelverwendung und Ausbildungsmaßnahmen in Ihrem Ressort eingelangt?
10. Können Sie, gemeinsam mit Ihren mitzuständigen RessortkollegInnen, sicherstellen, daß die Lehrgänge und Lehrlingsstiftungen am 15. November ihre Tätigkeit aufheben und somit auch dem Willen des Nationalrats dahingehend Genüge geleistet wird, daß “die zuständigen Bundesminister bei Nichtzustandekommen einer rechtzeitigen Entscheidung der Landesprojektruppe gemäß § 2 rasch und unbürokratisch eine derartige Entscheidung herbeiführen” (Ausschußfeststellung vom 10.6.1998)?
11. Unter der Annahme, daß alle gesetzlich vorgesehen 4.000 ätze in Lehrgängen und Stiftungen auch bereitgestellt und besetzt werden konnten: Wie hoch ist die Zahl der lehrstellensuchenden Jugendlichen im November 1998?
12. Was sind nach Ihrer Ansicht die Gründe für die weiterbestehende Jugendarbeitslosigkeit auf dem Lehrlingssektor und welche zusätzlichen Maßnahmen für die Vergrößerung des Lehrstellenmarktes und die Verringerung der Lehrstellensuchenden haben Sie geplant?